

PRESSEMELDUNG

EU-Kommission veröffentlicht lang ausstehende Delegierte Rechtsakte: Wasserstoffhochlauf bahnt sich an

Wasserstoff und eFuels genießen für die Erreichung der europäischen Klimaziele eine Schlüsselrolle. Die Kommission möchte bis 2030 10 Millionen Tonnen Wasserstoff in Europa herstellen und dieselbe Menge importieren. Bislang fehlen klare Vorgaben, welche Stromquellen für die Produktion von Wasserstoff und synthetischen Kraftstoffen in Fragen kommen und wie die CO₂-Reduktion gemessen werden soll. Folglich hatte die Industrie keinerlei Investitionssicherheit.

Brüssel/Berlin, 13. Februar 2023: Die Europäische Kommission hat heute die lange erwarteten Delegierten Rechtsakte (DA) auf der Grundlage von Artikel 27 und 28 der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie (RED II) veröffentlicht. Die Kommission hätte diese Vorgaben eigentlich bis Ende 2021 veröffentlichen müssen. Die Rechtsakte legen detaillierte Regeln für die Herstellung von erneuerbaren Kraftstoffen nicht-biogenen Ursprungs (RFNBO) fest und stellen wichtige Pfeiler für den Hochlauf grüner Technologien dar. Die DA gehen nun in eine zweimonatige Beratungsphase über, in der Parlament und Rat zustimmen müssen. Änderungen sind nicht mehr möglich.

„Seit Veröffentlichung der REDII (Ende 2018) wartet die Industrie auf klare Rahmenbedingungen, Investitions- und Planungssicherheit. Daher begrüßen wir die heutige Veröffentlichung der Delegierten Rechtsakte und das Bestreben der Kommission, den Hochlauf von erneuerbarem Wasserstoff und eFuels endlich anzustoßen“, sagt Ralf Diemer, Geschäftsführer der eFuel Alliance. „Der Prozess war bisweilen sehr schwerfällig und wurde ideologisch stark aufgeladen. Herausgekommen ist ein sehr bürokratischer Akt, in dem Zusätzlichkeit sowie geographische und zeitliche Korrelation des erneuerbaren Stroms zur Produktion von Wasserstoff detailliert vorgegeben werden. Wie es anders geht, zeigt der „Inflation Reduction Act“ in den USA, der ohne solche Vorgaben auskommt. Die Details der Rechtsakte sind aus Industriesicht nicht optimal ausgestaltet. Dennoch gilt festzuhalten: Wenn wir Klimaschutz ernst nehmen, müssen wir endlich loslegen. Dafür benötigen wir die Rechtssicherheit des delegierten Rechtsaktes.“

Die Kommission definiert die Kriterien im ersten DA sehr strikt. „Wir kritisieren, dass den Mitgliedsstaaten die Handlungshoheit überlassen wird, ob die zeitliche Korrelation auf stündlicher Basis bereits auf Juli 2027 vorgezogen oder erst 2030 eingeführt werden. Hier besteht die Gefahr, dass wir erst die nationale Umsetzung abwarten müssen, um finale Planungssicherheit zu erlangen. Weiterhin muss man sich die Frage stellen, warum direktelektrische Anwendungen wie E-Fahrzeuge oder Wärmepumpen keine Kriterien wie Zusätzlichkeit oder zeitliche Korrelation erfüllen müssen. Durch dieses sehr planwirtschaftliche Vorgehen im Wasserstoffsektor ist immens viel Zeit verloren gegangen“, kritisiert Diemer.

Diemer weiter: „Ferner werden im zweiten DA Importe von eFuels unnötig erschwert. Die EU schlägt vor, dass industrielle CO₂-Punktquellen nur genutzt werden können, wenn ein vergleichbares CO₂-Zertifikatesystem zum EU-ETS etabliert ist, welches außerhalb der EU nicht existiert. So werden diese CO₂-Quellen zur Herstellung von synthetischen Kraftstoffen ausgeschlossen. Da Direct Air Capturing technisch bislang nicht entsprechend ausgereift ist, gelangt industrielles CO₂, statt aufgefangen und genutzt zu werden, ungefiltert in die Atmosphäre, verlangsamt konsequenten Klimaschutz und blockiert obendrein die Entwicklung von großindustriellen Projekten im EU-Ausland“.

Um die ambitionierten Klimaziele zu erreichen, sind Planungssicherheit und Pragmatismus zentrale Säulen für eine Weiterentwicklung der Industrie. Nach massiven Verzögerungen ist die nun vorhandene regulatorische Klarheit nichtsdestotrotz ein Grundstein, um fossile Kraftstoffe langfristig zu vermeiden.

PRESSEMELDUNG

>>>Die eFuel Alliance e.V.<<<

Die eFuel Alliance ist eine Interessengemeinschaft, die sich für die politische und gesellschaftliche Akzeptanz von eFuels und für deren Zulassung einsetzt. Wir vertreten mehr als 170 Unternehmen, Verbände und Verbraucherorganisationen entlang der Wertschöpfungskette der eFuel-Produktion. Wir stehen für einen fairen Wettbewerb und gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle relevanten Emissionsminderungslösungen. Wir bekennen uns klar zu mehr Klimaschutz und wollen erreichen, dass der bedeutende Beitrag von eFuels zu Nachhaltigkeit und Klimaschutz breit anerkannt wird. Unser Ziel ist es, die industrielle Produktion und breite Nutzung von CO₂-neutralen Kraftstoffen aus erneuerbaren Energiequellen zu ermöglichen.

>>>KONTAKT<<<

eFuel Alliance e.V.

Leitung Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Jan Wehrhold

T +49 160 6585763

E wehrhold@efuel-alliance.eu